

## Deutsche Zuckerwirtschaft pocht auf EU-einheitliche Wettbewerbsbedingungen

Die Wirtschaftliche Vereinigung Zucker (WVZ) warnt vor anhaltenden Nachteilen für die deutsche Zuckerwirtschaft und drängt auf politische Antworten. Im Interview mit AGRA-EUROPE kritisiert WVZ-Hauptgeschäftsführer Günter Tissen die in einigen EU-Ländern weiterhin üblichen gekoppelten Zahlungen und Sonderzulassungen für Neonikotinoide. Beides benachteilige die deutschen Rübenanbauer und Zuckerindustrie und könne zu Lasten der hiesigen Anbauflächen und Verarbeitungskapazitäten gehen. Für Tissen führt an einer Angleichung der europäischen Wettbewerbsbedingungen kein Weg vorbei. Politischen Handlungsbedarf sieht er außerdem bei der Subventionspolitik mancher Drittländer.

EU-Nachrichten 1

## Glyphosatstudien offenlegen - Information der Öffentlichkeit über Geschäftsinteressen

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in einem Urteil aufgefordert, Studien über die Toxizität oder bezüglich einer möglicherweise krebserregenden Wirkung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat offenzulegen. Dies gelte insbesondere für Dokumente mit Informationen zu „Emissionen in die Umwelt“. Dabei stellten die Luxemburger Richter fest, dass die Information der Öffentlichkeit über Geschäftsinteressen stehe. Die EFSA selbst begrüßte die Klarstellung durch das Gericht. Zustimmung zum Urteil kam auch aus der Politik, allen voran von SPD und Grünen.

EU-Nachrichten 9

## Agrarökonomien gegen staatlich subventionierte Agrarversicherungen

Ihre ablehnende Haltung gegenüber einer staatlichen Bezuschussung von Agrarversicherungsprämien haben Prof. Norbert Hirschauer und Prof. Oliver Mußhoff bekräftigt. Dagegen sprechen nach Einschätzung beider Agrarökonomien nicht nur Bedenken hinsichtlich der Finanzierung und mögliche Verzerrungen am Versicherungsmarkt. Sie befürchten auch, dass solche Versicherungslösungen zu Lasten des eigenverantwortlichen Risikomanagements und der ökonomisch sinnvollen Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen gehen könnten. Hirschauer und Mußhoff raten zudem zu einer umfassenden Kosten-Wirkungsanalyse; politische „Schnellschüsse“ sollten vermieden werden.

Länderberichte 1

## Leibniz-Ökonomen für Stärkung der Städte

Die Empfehlung von Ökonomen, in Ostdeutschland vor allem die Städte wirtschaftlich zu fördern, haben sowohl in der Politik als auch bei Verbänden Unverständnis und teils scharfe Kritik hervorgerufen. Gemäß der Veröffentlichung „Vereintes Land - drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall“ des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) unterscheidet sich die Produktivität zwischen den ost- und westdeutschen Städten mehr als die zwischen den ländlichen Regionen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bezeichnete es als „befremdlich“, Dörfer im ländlichen Raum aufzugeben, die Heimat für mehr als die Hälfte der Bevölkerung seien und Landschaften „einfach verwüsten“ zu lassen. Der Berichterstatter für ländliche Räume der SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Wiese, und der Sprecher der Landesgruppe Ost der Fraktion, Frank Junge, zeigten sich „fassungslos“. Aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes (DBV) müssen gerade strukturschwache ländliche Räume gezielt gefördert werden. Derweil kritisierte die Linksfraktion im Bundestag den von der Koalition im Zusammenhang mit der zusätzlichen Unterstützung der ländlichen Räume genutzten Begriff der „Landmilliarde“ als irreführend. Sie stellte fest, dass von den in dieser Legislaturperiode vorgesehenen zusätzlichen 1,5 Mrd Euro für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume nur die vorgesehenen Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) der ländlichen Entwicklung zugerechnet werden könnten.

Länderberichte 3 und 22